

INFORMATION

5 / 2018

zum TOP

GREMIUM

Jugendhilfeausschuss

SITZUNGSTERMIN

Dienstag, 04.12.2018, 17:00 Uhr bis 17:48 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen, Sitzungssaal 1, 1. Etage

ÖFFENTLICHER TEIL

BESCHLUSSANGELEGENHEITEN IN EIGENER ZUSTÄNDIGKEIT

1. AF-145/2018 1. Ergänzung

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO i. S. Fortbestand "Tageseinrichtung für Kinder Florian e. V."

Herr Trepper erläutert den Tagesordnungspunkt.

Seiner Meinung nach besteht zwischen der Elterninitiative der o. g. Einrichtung und der Stadt Lünen eine konstruktive Zusammenarbeit. Aktuell sei die Nutzbarkeit des Gebäudes mit 45 betreuten Kindern komplett ausgereizt.

Die Verbesserung der Voraussetzungen der aktuellen Betreuungssituation werde derzeit, in Absprache mit dem Landesjugendamt, geschaffen. Angedacht sei, den Sanitären Bereich der Kinder zu erweitern und das aktuelle Leitungsbüro als Gruppenraum nutzbar zu machen.

Durch diese baulichen Veränderungen sei es in dieser Einrichtung möglich, tatsächlich 45 Kinder zu betreuen und den aktuellen Betrieb aufrecht zu erhalten.

Weiterhin führt Herr Trepper aus, dass seitens der Elterninitiative ein strukturelles Problem bezüglich der Kibiz-Finanzierung bestehe.

Diese Finanzierung sei vor allem für Träger vorgesehen, die nur eine Einrichtung betreiben und darüber hinaus ein Personal beschäftigen, das älter ist und ein höheres Einkommen hat. Die Kibiz-Finanzierung ist hier leider nicht auskömmlich. Dies sei auch bei anderen derartigen Einrichtungen der Fall. Die Pauschalen dieser Finanzierung seien so kalkuliert, dass von durchschnittlichen Personalkosten ausgegangen werde. Somit stoßen diese schnell an ihre Grenzen. Dies führte bisher dazu, dass es einerseits Rettungspakete der Landesregierung zur Finanzierung aller Kitas gegeben habe und andererseits sei derzeit für das Jahr 2020 eine komplette Veränderung bzw. Neuaufstellung der Finanzierung von Tageseinrichtungen angekündigt.

Zusätzlich versuche die Elterninitiative derzeit bereits über Veränderungen und Einsparmöglichkeiten ihre Kosten zu reduzieren, wobei sie von der Verwaltung unterstützt werde. Dies werde jedoch nicht zu Lasten einer Tarifbindung oder eines Lohn-Dumpings gehen.

Dauerhaft sei es jedoch nicht möglich, durch die Einnahmen der aktuell betreuten Kinderanzahl, die Einrichtung weiterhin zu betreiben. Deshalb müsse die Finanzierung ab

dem Jahr 2020 gesichert werden. Weiterhin gehe es derzeit darum, in welcher Struktur die Einrichtung dauerhaft betrieben werden könne. Nach Einschätzungen der Verwaltung, müsse die Einrichtung mindestens 3 bis 3,5 Gruppen einrichten, um dies gewährleisten zu können.

Somit sei die Anfrage der Initiative, um Unterstützung bei den Planungskosten bezüglich eines An- oder Solitärbaus denkbar, um die strukturelle Weiterfinanzierung aufrechterhalten zu können.

Zuletzt habe die Verwaltung mit der Elterninitiative abgestimmt, dass diese für die kommende Sitzung die konkreten Planungskosten für einen An- oder Solitərbau vorlegen werde.

Aus Sicht der Verwaltung sei an dieser Stelle somit derzeit kein Beschluss in dieser Angelegenheit notwendig. Die Voraussetzungen seien zunächst geschaffen worden. Nach Vorstellung der Planungskosten können diese in der kommenden Sitzung ggf. beschlossen werden.

Frau Schimanski möchte wissen, ob durch die Verwaltung die dritte Option der Anregung geprüft wurde.

Laut Herrn Trepper sei dies eingeschränkt der Fall, da dort nicht alle genannten Punkte richtig beschrieben seien. Tatsächlich werde die Verlagerung der Toiletten für die Kinder und die Nutzung des bisher durch die Leitung verwandten Raums angedacht. Eine Verlagerung des Büros ins Dachgeschoss sei jedoch nicht angedacht.

Frau Schimanski fragt, ob somit eine geringere Investition zum weiteren Bestehen der Einrichtung aufzubringen sei.

Laut Herrn Trepper sei dies der Fall.

Bevorzugt würde die Einrichtung mit der aktuellen Betreuungszahl weiterarbeiten wollen, wenn dies auskömmlich sei. Dies könne derzeit jedoch nicht bestätigt werden, da die Finanzierung ab dem Jahr 2020 noch nicht geklärt sei. Bis dahin solle die Aufrechterhaltung der Einrichtung jedoch weiterhin sichergestellt werden. Im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat müsse dann beraten werden, in welcher Relation An- bzw. Umbau zu einem eventuellen Neubau stünden.

Herr Seiler stellt klar, dass die Elterninitiative langfristig überlegen müsse, die Betreuungszahl zu erhöhen, um die Einrichtung langfristig aufrechterhalten zu können.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.